

Bremer Rundschau

Vielen wird es egal sein

Vor 30 Jahren hatte der damalige Arbeitsministers Norbert Blüm Plakate verbreitet mit der Losung „Denn eins ist sicher: Die Rente.“ In einer Bundestagsdebatte zur „Rentenreform“ am 10.10.1997 wiederholte er: „Es gilt der Satz - zum Mitschreiben -: Die Rente ist sicher.“ Jetzt wissen wir, dass das Rentenniveau in die Nähe der Sozialhilfe abgeleitet. Unsere Sorgen sind berechtigt.



Die Bundesbank schlägt vor, das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre zu erhöhen. Die SPD ist dagegen und hält die Anhebung auf 67, die sie unter Schröder durchsetzte, für ausreichend. Sie rechnet es sich als Verdienst an, dass neuerdings Menschen mit 45 Beitragsjahren sich schon mit 63 zur Ruhe setzen könnten. So richtig will der Streit nicht in Gang kommen. Zu bekannt sind mittlerweile die Argumente für und wider.

Die Menschen werden älter, die Geburtenrate ist niedrig, absehbar müssten immer mehr Alte durch immer mehr Junge unterhalten werden. Bei längerer Lebensarbeitszeit könne ein paar Jahre länger in die Rentenkasse ein- und müsse später daraus ausgezahlt werden. Dabei bleiben aber Arbeitsplätze für die Jungen blockiert, und Letztere zahlen dann auch noch nicht in die Altersversorgung ein.

Das demografische Problem kann durch Zuwanderung entschärft werden. **Außerdem erlaube es die steigende Arbeitsproduktivität, dass auch bei geringerer Erwerbstätigenzahl immer mehr Rentner(innen) versorgt werden können.** Sinnvoll wäre es, wenn künftig alle Einkommensarten – nicht nur die bisher Sozialversicherungspflichtigen, sondern auch Beamte, Selbstständige, Bezieher(innen) von Mieten und sonstigen Einkünften von Vermögen je nach Leistungsfähigkeit einzahlen und gemäß ihrem Bedarf Leistungen empfangen. Das wäre Umverteilung von oben nach unten, und die ist aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse tabu.

Diese politische Realität in Deutschland führte bei vielen Menschen zur Resignation, denn wer lange genug mit dem Kopf an die Wand gerannt ist, lässt es irgendwann bleiben. Der politische Druck ist aus zwei Gründen gering. Für nicht wenige der jetzigen Rentner(innen) ist die Lage erträglich. Es reicht noch. Viele Junge kümmern sich nicht um ihre künftigen Alterseinkünfte, denn bis dahin wird es lange dauern. Ein Blick auf ihre aktuellen Lohn- und Gehaltskonten zeigt ihnen, dass es ihnen ziemlich egal sein kann, wie hoch das gesetzliche Renteneintrittsalter sein wird.

Das Erwerbseinkommen der jetzigen beruflich aktiven Generation ist deutlich niedriger als das ihrer Vorgängerinnen. Dementsprechend niedrig werden auch ihre Rentenanwartschaften sein. Deshalb wird seit Langem für private Zusatzversicherungen geworben. Wer aber nicht genug verdient, kann sich auch diese nicht leisten und wird im Alter arbeiten müssen, bis er oder sie umfällt, gleichgültig, wie hoch das offizielle Renteneintrittsalter sein wird. ♦

Die IG Metall fordert einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Unter dem Motto »**Mehr Rente – Mehr Zukunft**« hat der IG Metall-Vorstand ein Reformprogramm zum Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung und eine Rentenkampagne zur Durchsetzung entsprechender Forderungen beschlossen. Die IG Metall kritisiert, dass das Rentenniveau des Durchschnittsrentners nach 45 Beitragsjahren bis 2030 auf 43 % des Nettoentgelts sinken soll. Derzeit sind es 47,5 %, 2000 waren es noch 50 % des Nettoentgelts.

Nachfolgend ein paar Fakten und Anmerkungen zur Rentendebatte:

Eckrentner

In allen Debatten über Rentenhöhe und Rentenpolitik ist vom sog. Eck- oder Durchschnittsrentner die Rede. Der Durchschnittsrentner ist eine Person, die über 45 Erwerbsjahre immer das jeweilige Durchschnittseinkommen aller Berufstätigen bezog. Er erhält pro Jahr eine Rente von ca. 28 Euro, nach 45 Jahren also 1.260 Euro, abzüglich Kranken- und Pflegeversicherung netto ca. 1.150 Euro. Das ist aus mehreren Gründen eine sehr theoretisch konstruierte Erwerbsbiografie, denn wer in schlechter bezahlten Berufen arbeitet, etwa in der öffentlichen Daseinsvorsorge, oder im Dienstleistungssektor tätig oder Mindestlohneempfänger ist, hat also keine Chance, die sog. Eckrente zu erhalten.

Realrentner

Noch dramatischer ist die tatsächliche Nettorente: sie betrug 2015 für die 18 Millionen Bezieher von Altersrente in Ost- und Westdeutschland im Durchschnitt 821 Euro, Rentnerinnen im Westen erhalten durchschnittlich 575 Euro, die rund 1,8 Mio. Bezieher von Erwerbsminderungsrente erhalten im Durchschnitt 732 Euro.

Die Rentendebatte der IG Metall

Die IG Metall will jetzt eine gesellschaftliche Debatte entwickeln, wie die Zukunft der Renten und der Rentenbezieher aussehen soll. Auch andere Gewerkschaften und der Sozialverband VdK gehen das Thema an.

In der aktuellen Arbeitszeit-Debatte in der IG Metall ist endlich Selbstkritik zu hören, wenn der Vorsitzende Jörg Hofmann die defensive Haltung der Vergangenheit kritisiert. Diese Selbstkritik darf auch bei der Renten-Debatte nicht fehlen:

Die frühere Orientierung der IG Metall auf Senkung der „Lohnnebenkosten“ zur Sicherung des „Standort Deutschland“ hat nur zur Entlastung der Arbeitgeber und somit Erhöhung der Profite geführt, die Beschäftigten haben das mit höheren Beiträgen und schlechteren Leistungen bezahlt. Diese Orientierung folgte dem *neoliberalen* Märchen, dass die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien, sie spielt in der IG Metall m. E. heute keine ernsthafte Rolle mehr.

Die „Riester-Rente“ wurde vom ehemaligen zweiten Vorsitzenden der IG Metall auf gut bezahlten Vorträgen propagiert. Sie hat zu staatlich geförderten Gewinnen der Versicherungskonzerne geführt, aber nicht zu einer Verbesserung der Lage der Rentner. Das gilt ebenso für andere Formen der staatlich geförderten privaten Vorsorge.

Der VdK fordert eine paritätische Finanzierung der Betriebsrenten, die IG Metall verweist auf die Traditionen der anteiligen oder teilweise alleinigen Arbeitgeberfinanzierung.

In der jetzigen Form trägt aber der Betriebsrentner auch den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung.

Betriebsrenten

Unter diesem Begriff verbirgt sich eine Vielzahl von Rentenansprüchen, die nur eines gemeinsam haben: die Beiträge zu dieser Art von Versicherung werden vom Betrieb, in dem ein Erwerbstätiger beschäftigt ist, an eine Versicherungsgesellschaft abgeführt, also **weder** an die gesetzliche Rentenversicherung **noch** werden sie vom Beschäftigten direkt an die Versicherung abgeführt. Die Auszahlung erfolgt klassisch als Rente oder auch als Kapitalauszahlung.

Die paritätische Erwerbstätigenversicherung

Die von IG Metall wie VdK geforderte Erwerbstätigenversicherung, in der alle Erwerbstätigen versichert sind, also auch Selbständige und Beamten, sollte zur Regelversicherung werden. Deren paritätische Finanzierung ist die beste Alternative zum Modell der drei Säulen.

Mit dieser Erweiterung verbunden ist die Frage nach der Beitragsbemessungsgrenze (BBG). Derzeit werden auf alle Beiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze (2016: 6.200 Euro West und 5.400 Euro Ost) Rentenversicherungsbeiträge – paritätisch – abgeführt und nur aus diesen Beiträgen entstehen proportional Rentenansprüche.

Sollten alle Einkommen der vollen Versicherungspflicht unterliegen, muss geklärt werden, ob die daraus entstehenden Rentenansprüche nach wie vor einer Bemessungsgrenze unterlegen sollen. Wir meinen, dass dies nicht der Fall sein darf, denn die unsoziale Bemessungsgrenze muss wegfallen.

Dazu findet sich bei der IG Metall leider lediglich der Satz: „Zu prüfen wäre in diesem Kontext, wie die Attraktivität der gesetzlichen Rentenversiche-

versicherung für Einkommensbezieher jenseits der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) verbessert werden kann.“

Auch diese Frage muss in den anstehenden Debatten erörtert werden, da ihre Beantwortung Folgen für die Mobilisierbarkeit – oder den Widerstand – von Beziehern höherer Einkommen, Selbständigen und Beamten hat.

Fazit:

Eine nicht nur kosmetische Neuausrichtung der Rentenpolitik würde endlich einen Bruch mit der *neoliberalen* Orientierung bedeuten.

Die Auseinandersetzung um die Rente mit 67 hat uns gezeigt: einen solchen Kurswechsel werden wir nicht mit dem Stimmzettel bei der Bundestagswahl durchsetzen, dafür braucht es Druck in den Betrieben und auf der Straße, und es bedarf intensiver ideologischer Klärung und Kurskorrekturen, insbesondere in den Gewerkschaften und bei der Sozialdemokratie.

Doch wollen muss man es schon!



FÜR MEHR RENTE – VON ALLEN FÜR ALLE.

**FÜR RENTEN, DIE DIE LEBENSLEISTUNG WÜRDIGEN UND ALTERSARMUT VERHINDERN.
MIT DER PARITÄTISCHEN UND SOLIDARISCHEN ALTERSSICHERUNG.**

Drei Lügen und eine Vertuschung

DKP-Positionen zur Nutzung des „Gesundheitsfonds“

Vor acht Jahren warnte die "UZ - Wochenzeitung der DKP" davor, dass mit der Einführung des „Gesundheitsfonds“ der von SPD/Grünen eingeleitete „Systembruch“ in der deutschen Krankenversicherung vollendet werde: „Der Gesundheitsfonds tritt an die Stelle der bisherigen, bei den einzelnen Kassen auflaufenden Beitragssummen ... Mit dem Gesundheitsfonds wird ein historischer Grundsatz bisheriger bürgerlicher Sozial- und Gesundheitspolitik zu Lasten der Lohnabhängigen aufgegeben. Der Lohnbezug, und die paritätische Aufteilung der Versicherungsbeiträge zwischen Kapitalisten und lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten wird geknackt.“

Wir hatten damals vor den „Begehrlichkeiten“ gewarnt, die diese gewaltige „Spardose“ wecken werde. Sie werde Regierungen geradezu magisch anziehen, um damit Löcher im Bundesetat zu stopfen. Und genauso kommt es jetzt. Am 3. August berichtete die rechtspopulistische Internetzeitung „Deutschen Wirtschafts-Nachrichten“ über einen Gesetzentwurf des Bundeskabinetts: „Die Bundesregierung entnimmt im kommenden Jahr rund tausend Millionen Euro zur Versorgung von Flüchtlingen aus dem Gesundheitsfonds.“

Durch die Maßnahme sollen die Krankenkassen vor zu großen finanziellen Belastungen bewahrt werden.“ Nebenbei wurde gemeldet, dass weitere 500 Millionen Euro für Investitionen in die so genannte „telemedizinische Infrastruktur“ entnommen werden. Der Gesundheitsfonds sei mit 10 Milliarden Euro „derzeit gut gefüllt“. Mit der Entnahme des Gelds für die Flüchtlinge wolle die Bundesregierung vermeiden, dass aus deren Gesundheitsversorgung zu große Belastungen für die Kassen – und damit möglicherweise Beitragssteigerungen für die Versicherten – erwachsen.

Gleich mehrere Lügen stecken in dieser Meldung.

Erstens die Behauptung der Regierung, dass die Kassen „entlastet“ werden sollen. Das Gegenteil ist der Fall; den Kassen und ihren Beitragszahlern – hauptsächlich den Lohnabhängigen – werden 1,5 Mrd. Euro geklaut.

Zweitens die Lüge, dass die Krankenkassen zuständig seien. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe soll auf die gesetzlichen Krankenkassen bzw. deren Beitragszahler abgewälzt werden. Privatkassen mit ihren Besserverdienenden und Beamten sowie das gesamte Unternehmerlager werden ausgeklammert.

Drittens die unterschwellige Behauptung, dass die Flüchtlinge „Kostentreiber“ seien. Bereits im Februar hatte eine ähnliche Horrormeldung der „Frankfurter Rundschau“ für böses Blut gesorgt. „Bild“ und AfD nutzten diese Fehlmeldung sofort zur Hetze gegen Flüchtlinge aus. In Wirklichkeit stellen 18- bis 34-jährige Männer die mit großem Abstand zahlreichste Gruppe der Flüchtlinge und Asylbewerber. Genau diese Gruppe ist jedoch im Ausgabenprofil der Krankenkassen die mit großem Abstand preiswerteste.

Viertens wird vertuscht, dass so ganz nebenbei weitere 500 Millionen Euro in die Taschen der medizintechnischen Industrie gestopft werden, die mit der Digitalisierung des Gesundheitssektors nicht nur den „gläsernen Patienten“ geschaffen haben, sondern über den Gesundheitsfonds eine nie versiegende zusätzliche Finanzierungsquelle für sich gefunden und geschaffen haben. Die Warnung der UZ vor wachsenden Begehrlichkeiten der Gesundheitsindustrie bzw. der Löcher im Bundesetat hat sich leider als vollkommen richtig erwiesen.



Ordern Sie kostenlos das
Sofortprogramm der DKP und
ein Probeexemplar der UZ -
Wochenzeitung der DKP
CommPressVerlag GmbH
Hoffnungstraße18,
45127 Essen
Telefon: 0201/177889-23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger,
Bremen

